
Liebe Leserinnen und Leser,

die BBU-Mitgliederversammlung hat am 17. November den alten Vorstand entlastet und einen neuen gewählt. Außerdem wurden Schwerpunkthemen für die weitere Arbeit diskutiert und festgelegt. Mehr dazu in diesem Newsletter. Bitte unterstützt die anstehenden Aktivitäten aktiv und gerne auch finanziell.

Wichtiger Hinweis: Bei der Mitgliederversammlung wurde erstmals seit Einführung des Euro eine Beitragserhöhung beschlossen. Bitte beachtet dazu in den nächsten Tagen die Infos, die allen BBU-Mitgliedern nochmals gesondert zugehen, und bitte ändert entsprechend die Daueraufträge.

Der neu gewählte BBU-Vorstand (v. l.):

Prof. Jürgen Rochlitz, Udo Buchholz, Oliver Kalusch, Jürgen Wolf, Dr. Peter Schott, Dagmar Ehrhardt, Regina Ludewig, Ulla Weiß, Kerstin Desch-Wöhr, ..., Helmut Wilhelm. Fred van Dalen fehlt auf dem Foto und wurde spontan durch eine BBU-Delegierte "ersetzt".

Wichtig: Wir bitten um konkrete Unterstützung für die Neugestaltung der BBU-Homepage. Die BBU-Homepage ist in die Jahre gekommen und muss überarbeitet werden. Der BBU freut sich daher über jede Unterstützung! Näheres dazu findet man unter <http://www.bbu-online.de/Aktuelles/Spendenbitte.pdf>.

Um es ganz einfach zu machen, hier direkt das BBU-Spendenkonto:

Sparkasse Bonn (BLZ 37050198)
Kontonr.: 1900.2666;
IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66,
SWIFT-BIC: COLSDE33.

Bitte die Adressangabe für Spendenquittungen nicht vergessen.



Eine eilige Nachricht aus der Medienwelt: Die Initiative Nachrichtenaufklärung ist auf der Suche nach Themen, die in den Medien vernachlässigt werden. Dabei hat sich die Initiative auch an den BBU gewandt. Gibt es aus Eurer Sicht relevante Umwelt-Themen, die in den Medien nur wenig oder gar nicht behandelt werden? Zum Hintergrund: Die Initiative Nachrichtenaufklärung stellt einmal im Jahr die Top 10 der in den Medien vernachlässigten Themen vor und hofft darauf, dass diese Themen dann verstärkt aufgegriffen werden. Die Frist für die nächste Auswahl drängt. Bitte teilt der Newsletter-Redaktion bis zum 17.12.2012 mögliche Themen mit, sie werden dann gebündelt an die Initiative weiter geleitet; Buchholz@bbu-bonn.de. Mehr zum Hintergrund unter <http://www.derblindefleck.de>.

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch noch eine möglichst angenehme Vorweihnachtszeit.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

40 Jahre Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

BBU-Mitgliederversammlung hat turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. hat bei ihrer Jahreshauptversammlung in Bonn Schwerpunkte der weiteren Arbeit abgesteckt und turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Gleichzeitig wurde der 40. Geburtstag des BBU gefeiert, der der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen im ganzen Bundesgebiet ist. Dem bisherigen BBU-Vorstand wurde einmütig die Entlastung ausgesprochen.

40 Jahre BBU und inhaltliche Schwerpunktsetzung

Das ehemalige BBU-Vorstandsmitglied Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" hielt anlässlich des 40. Gründungsjubiläums des BBU einen Vortrag über die Entwicklung des BBU und über die Atom-mülldebatte seit Mitte des letzten Jahrhunderts. Hartmut Liebermann war bereits in den 70er Jahren BBU-Vorstandsmitglied. Inhaltlich befasste sich die diesjährige Mitgliederversammlung schwerpunktmäßig mit der nach wie vor ungelösten Atommüllproblematik und mit der Notwendigkeit des stärkeren Meeresschutzes. Weiterhin hat sich die BBU-Mitgliederversammlung erneut gegen die drohende Kohlendioxidlagerung CCS (CO₂-Verpressung) in Schleswig-Holstein und anderswo sowie gegen Rodungsarbeiten im Hambacher Forst (NRW) zur Erweiterung des Braunkohletagebaus ausgesprochen. Mit einer bundesweiten Unterschriftenaktion soll der Forderung nach Verbot des Frackings (Förderung unkonventioneller Gasvorkommen) Nachdruck verliehen werden.

Der Geschäftsführende Vorstand

In den dreiköpfigen Geschäftsführenden BBU-Vorstand wurden ohne Veränderung erneut Oliver Kalusch als Kassierer, sowie Peter Schott und Jürgen Rochlitz gewählt. Oliver Kalusch (Witten) ist langjähriger Aktivist der Wittener Bürgerinitiative gegen Klärschlammverbrennung und gehört der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) beim Bundesumweltministerium an. Zudem ist er Gründungsmitglied von "STOP FRACKING! -Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser". Professor Jürgen Rochlitz ist pensionierter Hochschullehrer (Fachrichtung Organische Chemie), ebenfalls Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit und Vorstandsvorsitzender der Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg" (Elbe). Zudem ist er ehemaliger Bundestagsabgeordneter (Bündnis 90 / Die Grünen). Peter Schott (Berlin) engagiert sich bei "mobilocal 21" und ist im BBU-Vorstand zuständig für die Themen Gen- und Nanotechnologien.

Der Erweiterte Vorstand

In den Erweiterten Vorstand des BBU wurden erneut Kerstin Desch-Wöhrl, Fred van Dalen, Ulla Weiß als Schriftführerin, Helmut Wilhelm und Udo Buchholz gewählt. Erstmals gehören zudem Regina Ludewig, Dagmar Erhardt und Jürgen Wolf dem BBU-Vorstand an. Fred van Dalen aus Kamp-Lintfort befasst sich als Mitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren mit dem Chemie-Multi BAYER und ist im VSR-Gewässerschutz aktiv. Ulla Weiß ist Mitglied der Wittener Bürgerinitiative gegen Klärschlammverbrennung und von " STOP FRACKING! - Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser". Kerstin Desch-Wöhrl und Dagmar Erhardt kommen aus Großenlüder (Hessen) und engagieren sich in der Bürgerinitiative „Pro Lebensraum Großenlüder“. Helmut Wilhelm ist bayerischer Verfassungsrichter und ehemaliger Bundestagsabgeordneter (Bündnis 90 / Die Grünen) aus Amberg. Er ist beim Forum Regensburg aktiv und im BBU-Vorstand zuständig für Städtebau und Umweltrecht. Udo Buchholz (Gronau) gehört dem Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau an, der Widerstand gegen die einzige deutsche Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau leistet. Im BBU-Vorstand ist er u. a. für den internationalen Widerstand gegen Atomanlagen sowie für den Artenschutz zuständig. Die Hamburgerin Regina Ludewig befasst sich mit Ethikberatung für die Bereiche Medizin- und Umweltethik. Sie engagiert sich u. a. gegen das Atomkraftwerk Brokdorf und gegen die drohende Elbvertiefung bei Hamburg. Jürgen Wolf aus Witten hat seine Wurzeln ebenfalls in der Anti-Atomkraft-Bewegung, ist sozialpolitisch engagiert und ist Mitglied von " STOP FRACKING! - Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser".

Der BBU: Dachverband für Bürgerinitiativen im Umweltbereich

Der BBU will noch stärker als bisher gerade örtlichen und regionalen Bürgerinitiativen und Aktionsbündnissen im Umweltschutzbereich die Möglichkeit bieten, dem BBU als Dachverband beizutreten. Aber auch Umweltnetzwerke, die auf Landes- oder Bundesebene aktiv sind, sind im BBU willkommen. In diesem Zusammenhang verweist der BBU auf § 2.1 seiner Satzung: "Vereinszweck ist die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz der Natur und der durch Umweltgefahren bedrohten öffentlichen Gesundheit. Die Vereinigung ist ein Zusammenschluss von im Umweltschutz tätigen Bürgerinitiativen."

BBU-Pressemitteilung vom 20.1.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/20.11.12.html>

Zur Diskussion über die Finanzierung und Unabhängigkeit der Umweltverbände – Der BBU: Unabhängig von Industrie, Ministerien und politischen Parteien

Mit Besorgnis sieht der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die zunehmende Abhängigkeit von einigen Umweltverbänden durch Spenden der Industrie und staatliche Förderungen. Hinzu kommt eine verstärkte Einflussnahme seitens der Politik. Damit geht der Spielraum dieser Umweltverbände immer mehr verloren. Der BBU sieht sich – wie auch einige andere Umweltverbände – dabei als Gegenmodell. Ohne Spenden von Industriekonzerne oder großzügige staatliche Subventionen hat er die Freiheit, seine Positionen ohne Rücksicht auf Interessen der Industrie, des Staates und politischer Parteien zu vertreten und den Widerstand gegen Umweltzerstörung zu unterstützen und zu organisieren.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 30.11.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/30.11.12.html>

Der BBU verurteilt die Klage der Hamburgischen CDU vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht gegen den Volksentscheid zum Rückkauf der Energienetze und das Vorgehen des Finanzamtes Nord gegen den BUND Landesverband Hamburg

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verurteilt das Vorgehen des Finanzamtes Hamburg Nord gegen den Landesverband Hamburg des BUND zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit aufgrund der Spendenpraxis in den Jahren 2010 und 2011 für die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“ zum Rückkauf der Energienetze. Nach Auffassung des Finanzamtes Nord verstößt die Einzahlung von Spenden auf ein Projektkonto des BUND, um damit die Volksinitiative zum Rückkauf der Energienetze zu unterstützen, gegen die Gemeinnützigkeit. Der BBU erhofft sich von der durch den BUND LV Hamburg beim Hamburgischen Finanzgericht eingereichten Klage eine eindeutige Rücknahme der Aberkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt Nord.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 11.12.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/11.12.12.html>

2. Themenbereiche

Atomindustrie

AKW Obrigheim

Spätestens in 10 Jahren sollen alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sein. Damit stehen insgesamt 17 Rückbaugenehmigungen, sogenannte Stilllegungs- und Abbaugenehmigungen (SAG) an. Beim AKW Obrigheim machen wir gerade die Erfahrung, dass es dafür wenig verbindliche Regelungen, aber viel Spielraum für die Betreiber und die Genehmigungsbehörden gibt.

Der Anwalt des baden-württembergischen Umweltministeriums, das die zuständige Genehmigungsbehörde für das AKW Obrigheim ist, führt an: „Innerhalb des bestehenden kerntechnischen Regelwerks fehlen überwiegend Vorgaben zur Stilllegung und zum Abbau kerntechnischer Anlagen. Dies ist darin begründet, dass Stilllegung und Abbau bislang keine große praktische Bedeutung hatten.“

Dieser Zustand muss zugunsten von Sicherheit und Transparenz beendet werden. Das ist nicht nur für das AKW Obrigheim wichtig, sondern auch für alle 17 weiteren AKW-Rückbauten. Die Initiative AtomErbe Obrigheim unterstützt vier KlägerInnen und bittet um Spenden, damit sie den Prozess führen und fortsetzen können: RA Thomas Rahner Anderkonto, Volksbank Groß-Gerau | Konto: 3321916 | BLZ: 508 925 00, Verwendungszweck: Initiative AtomErbe Obrigheim.

Spendenauftrag zum Auslegen oder Verteilen:

<http://www.atomerbe-obrigheim.de/wp-content/uploads/Initiative-AtomErbe-Obrigheim-Spendenbrief-2012.pdf>

Quelle und weitere Informationen: <http://www.atomerbe-obrigheim.de>.

Atomkraftgegner kritisieren Urenco-Rabatt

Mit großer Empörung reagieren Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf die Befreiung des multinationalen Urananreicherers Urenco von der Zahlung der Netzentgelte. Dadurch spart die Urenco, an der auch EON und RWE beteiligt sind, jährlich rund 939 000 Euro. Durch diesen Rabatt fördert die Bundesregierung explizit die Atomindustrie und den Export von angereichertem Uran von Deutschland rund um den Globus. Urenco betreibt im westfälischen Gronau die einzige deutsche Urananreicherungsanlage. Von Gronau aus wird jedes 10. Atomkraftwerk weltweit mit Uranbrennstoff zur Brennelementproduktion versorgt.

Aus einer Pressemitteilung vom 27.11.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/27.11.12.html>

Rund 1000 Einsprüche gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Borssele (NL) / Auch Stadt Gronau dagegen



Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat Einspruchslisten mit rund 1000 Unterschriften gegen die drohende Laufzeitverlängerung des niederländischen Atomkraftwerks Borssele beim zuständigen Wirtschaftsministerium in Den Haag eingereicht. Damit protestiert der Verband gegen den langfristigen und hochgefährlichen Weiterbetrieb des einzigen in Betrieb befindlichen niederländischen Atomkraftwerks. Die Unterschriften wurden von mehreren Bürgerinitiativen und Privatpersonen gesammelt. Bereits in der letzten Woche hatte auch der Rat der Grenzstadt Gronau Einspruch gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Borssele erhoben.

Angesichts des Alters des niederländischen Atomreaktors von fast 40 Jahren fordert der BBU die sofortige Stilllegung des AKW, das sich westlich der Bundesrepublik befindet. "Das AKW Borssele liegt direkt an der Nordsee. Eine mögliche Überflutung des AKW mit katastrophalen Folgen auch für NRW und das ganze Bundesgebiet kann niemand ausschließen", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 05.12.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/05.12.12.html>

Alle gegen Gorleben? BI warnt vor wahltaktischen Worthülsen

Kurz vor den niedersächsischen Landtagswahlen zeichnet sich ein nahezu geschlossenes Nein zu einem Atommüll-Endlager im Salzstock Gorleben bei allen Landtagsfraktionen ab.

"Endlich zeichnet sich ab, dass die 35 Jahre Lug und Trug um Gorleben ein Ende haben könnten. Doch auf wahltaktische Beteuerungen können wir nichts geben", warnt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Bei der Suche eines Endlagers für Atommüll müsse - zumindest darin waren sich alle fünf Fraktionen im Plenum einig - die sichere Rückholbarkeit der Abfälle immer gewährleistet bleiben. Sollte diese Voraussetzung auch im derzeit von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erstellten Endlagersuchgesetz berücksichtigt werden, bedeute es für Gorleben das Aus. Dies hatte kürzlich auch Ministerpräsident David McAllister (CDU) in einem Interview betont.

"Genau hier liegt der Pferdefuß", so die BI. Eine Rückholbarkeit von Atommüll aus Tiefenlagern würde voraussetzen, dass ein Bergwerk 500 Jahre offen gehalten werden muss, und damit wäre das Lager für Wasserzuflüsse geöffnet. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: "Worthülsen und Wahlversprechen reichen nicht, wir fordern deshalb einen Zukunftsrat, um wegzukommen von parteipolitischer Wortakrobatik und Verheißungen.

Die Atommülldebatte muss umfassend und sachgerecht geführt werden, und zwar unter Einbezug der interessierten Öffentlichkeit."

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 09.12.2012. Die BI ist Mitglied im BBU. Weitere Informationen unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.

Nach Pannen in Atomkraftwerken: BBU bekräftigt die Forderung nach dem Sofortausstieg BBU-Weihnachtswunsch: Spenden und neue Mitglieder



Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat nach den jüngsten Pannen und Störfällen in Atomkraftwerken seine Forderung nach der sofortigen und weltweiten Stilllegung aller Atomkraftwerke bekräftigt. Für den März bereitet die Anti-Atomkraftbewegung zum 2. Fukushima-Jahrestag weitere Demonstrationen an Atomstandorten vor.

Am Montag wurde das Atomkraftwerk Gundremmingen C (Bayern) nach einer Störung vorübergehend stillgelegt. Bereits in der letzten Woche wurden in Schweden die Atomreaktoren Oskarshamn 1 und Oskarshamn 2 aus Sicherheitsgründen vom Netz genommen; Betreiber dieser schwedischen Atomkraftwerke ist der deutsche Energiekonzern E.ON. Ebenfalls Anfang Dezember kam es zu Problemen beim spanischen Atomkraftwerk Vandellòs II. Außerdem hat sich am Montag in Block drei des AKW Rivne in der Ukraine ein schwerer Störfall ereignet.

Udo Buchholz vom Vorstand des BBU sieht in all diesen Ereignissen "eine dringende Warnung aus der Atomenergie auszusteigen. Und das sofort."

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 12.12.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/12.12.12.html>

Biotechnologien

BBU unterstützt Forderung von Greenpeace und Bundesärztekammer, dass Patente auf embryonale Stammzellen verboten bleiben

Anlässlich der für den 27.11.2012 erwarteten Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) zu kommerziellen Patenten auf embryonale Stammzellen forderte der BBU ebenso wie andere Umweltverbände und die Bundesärztekammer, dass Patente auf embryonale Stammzellen verboten bleiben und damit die Verfügbarkeit über sich entwickelndes menschliches Leben für Forschungszwecke und die Vermarktung von Patenten nicht zur Disposition stehen dürfen. Hintergrundinformationen: BBU-Pressemitteilung vom 26.11.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/26.11.12.html>

Informationen zum Prozessausgang unter <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/forschak/1934803>.

Fracking

Beschluss der Umweltministerkonferenz ermöglicht Einstieg in Fracking-Technologie Auf deutliche Kritik stößt beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die von der 79. Umweltministerkonferenz (UMK) vom 14. – 16.11.2012 einstimmig beschlossene Position zu Fracking, der Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen. Während in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, die UMK hätte sich eindeutig gegen Fracking ausgesprochen, sagt der beschlossene Text etwas anderes. Der Beschluss der UMK stellt keine Absage an Fracking und erst recht kein Bekenntnis zu einem dringend erforderlichen Verbot dieser Technologie dar. (...) Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand erläutert: „Dies alles ist keine Absage an Fracking und erst recht kein Bekenntnis zu einem Verbot. Dazu passt, dass die Umweltministerkonferenz ausdrücklich die Durchführung von Forschungsbohrungen - möglichst im Einvernehmen mit und in Trägerschaft aller betroffenen Unternehmen - ins Auge fasst. Damit wird ein Einstieg in die Fracking-Technologie in Deutschland ermöglicht.“

Und weiter erklärt Oliver Kalusch: „Der Beschluss bedeutet die Übernahme der wachweichen Position der NRW-Landesregierung, die sich eine Förderung von Erdgas mittels Fracking in der Zukunft als Option offen hält. Hierdurch kann die Umwelt nicht geschützt werden. Der BBU wird weiterhin auf ein Verbot von Fracking drängen.“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 20.11.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/20.11.12.html>

Gewässerschutz

Keine Ausbeutung der europäischen Meere / Stellungnahmen bis zum 15. Dezember möglich

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert von der Europäischen Kommission, dass angesichts der sich abzeichnenden Inbesitznahme der Meere durch die Industrie eine öffentliche gesellschaftliche Debatte über diesen Vorgang stattzufinden hat. Mit der Entscheidung zur Kommerzialisierung der Meere sind unabsehbare Risiken verbunden. Mögliche Folgen übersteigen aus Sicht des BBU die Kompetenz der Europäischen Kommission. Der BBU will die Öffentlichkeit auf die drohenden meerespolitischen Entwicklungen hinweisen und fordert eine offene und öffentliche Debatte über die Planungen!

Die Europäische Kommission beabsichtigt, bis 2020 eine digitale Kartierung des Meeresbodens aller Europa umgebenden Meere auf den Weg zu bringen. Dazu hat sie ein „Green Paper“ verfasst, das zur Zeit in der Beratung ist. Erklärtes Ziel ist es, „mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um verfügbare Ressourcen und Mechanismen zusammenzubringen zum Nutzen der Industrie, politisch Verantwortlicher, Forscher und Gesellschaft“.

Schon die Reihenfolge spricht Bände; der BBU fordert den Vorrang des Nutzens für die Gesellschaft und hier speziell für nachfolgende Generationen. Daraus folgt für den BBU: eine Ausbeutung der Meere darf nicht weiter erfolgen.

(...). Informationen der Europäischen Kommission zur Kartierung der Meeresböden gibt es im Internet unter

http://ec.europa.eu/dgs/maritimeaffairs_fisheries/consultations/marine-knowledge-2020/index_en.htm.

Kontakt zum Arbeitsbereich Meeresschutz des BBU: Peter Willers, Bremen, Tel. 0421 -242688, e- mail:

peterw@volanet.de

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 03.12.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/03.12.12.html>

Hambacher Forst

Polizeieinsätze im Hambacher Forst: BBU schreibt Protestbrief an NRW-Innenminister Jäger

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat in einem offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger gegen die Polizeieinsätze im Hambacher Forst protestiert. In dem Schreiben bringt der BBU zum Ausdruck, dass er über das Vorgehen der Polizei empört ist. Der Umweltverband erwartet von Innenminister Jäger, dass er alle Vorkommnisse untersucht, Fehlverhalten entsprechend disziplinarisch aufarbeitet und Wiederholungen derartiger Vorgehensweisen seitens der Polizei zukünftig verhindert. Wörtlich heißt es in dem Brief: „Wir fordern Sie auf, dafür Sorge zu tragen, dass bei phantasievollen Protesten gegen Umwelt vernichtende Vorhaben das Demonstrationsrecht vollständig gewahrt wird. Und das unabhängig davon, ob auf oder unter der Erde oder auf Bäumen demonstriert wird. Die Polizei darf die Demonstrierenden dabei nicht in Gefahr bringen.“ (...).

Weitere Informationen über geplante Aktionen und Hintergründe findet man u. a. auf folgenden Internetseiten:

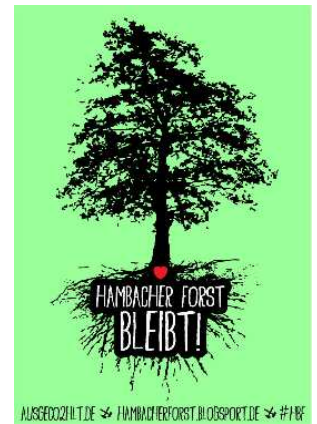
<http://hambacherforst.blogspot.de>, <http://www.ausgeco2hlt.de>,

<http://www.buirerfuerbuir.de>, <http://rwnee.blogspot.de>

www.facebook.com/Freund.Baum

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 26.11.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/26.11.12.html>



Störfallverordnung

BBU: Der Leitfaden KAS-25 - „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung“ ist ein großer Schritt zum Schutz vor Störfällen bei Abfallanlagen

Der Leitfaden KAS-25 - „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung“ stellt für den BBU einen großen Schritt dar, um die Bevölkerung und die Umwelt vor Störfällen bei Abfallanlagen zu schützen. Mit dem neuen Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) kann erstmals ermittelt werden, ob eine Anlage aufgrund der bei ihr vorhandenen gefährlichen Abfälle unter den Geltungsbereich der Störfall-Verordnung fällt und damit erhöhte Sicherheitsanforderungen erfüllen muss. Damit wird ein über zehn Jahre andauerndes Vollzugsdefizit behoben.

Diplom-Physiker Oliver Kalusch ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des BBU. Er war Vorsitzender des Arbeitskreises „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung“ der Kommission für Anlagensicherheit, der den Leitfaden erstellt hat. (...).

Der Leitfaden ist europaweit das erste publizierte Dokument, das sich systematisch der Fragestellung der Zuordnung von Abfallschlüsseln des Europäischen Abfallkatalogs und der Abfallverzeichnis-Verordnung zu den Stoffkategorien der Störfall-Verordnung widmet. Zu seiner Weiterentwicklung sind Genehmigungs- und Überwachungsbehörden, Antragsteller und Betreiber, Gutachter, Umweltverbände, Bürgerinitiativen und lokal Betroffene eingeladen, ihre Erfahrungen der Kommission für Anlagensicherheit mitzuteilen.

Der Leitfaden ist abrufbar unter http://www.kas-bmu.de/publikationen/kas/KAS_25.pdf.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 28.11.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/28.11.12.html>

Verkehrspolitik

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt das europäische Bürgerbegehren für Tempo 30:

„30 km/h – macht die Straßen lebenswert!“

Die Europäische Bürger-Initiative „30km/h – macht die Straßen lebenswert!“ wurde vor wenigen Tagen von der EU-Kommission zur Unterschriftensammlung registriert. Der Zulassung vorausgegangen war ein zweimonatiger juristischer Check, und dessen Bestehen bedeutet einen ersten großen Erfolg für die Initiator/innen des Bürgerbegehrens. Jetzt können Unterschriften gesammelt werden. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt die Kampagne.

(...). Das Tempo-30-Netzwerk muss nun bis zum November 2013 mindestens eine Million Unterschriften aus mindestens 7 EU-Mitgliedsländern sammeln. Damit könne es die EU-Kommission dann verpflichten, sich binnen dreier Monate mit dem Thema zu beschäftigen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz unterstützt die Tempo-30-Kampagne und wird die Unterschriftensammlung unterstützen. (...).

Hilfreich für das Bürgerbegehren ist, dass Interessierte auch im Internet, über www.30kmh.eu, unterschreiben können. Auf dieser zentralen Internetseite der Tempo-30-Kampagne gibt es auch vielfältige Hintergrundinformationen.

Kontakte zum Bürgerkomitee der Europäischen Bürger-Initiative “30 km/h – macht die Straßen lebenswert!": Heike Aghte, 0170-5389971, email: heike.aghte@30kmh.eu.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 23.11.2012;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/23.11.12.html>

Die guten Vorsätze von FUSS und UMKEHR

Jedes Jahr nehmen sich FUSS e.V. und UMKEHR e.V. drei besondere Vorhaben für das folgende Jahr vor: Das sind unsere "PROjekte".

Geplant ist 2013, ein stadtweites Konzept für das Schulwandern modellhaft für Berlin zu entwickeln sowie den bundesweiten Internet-Service www.wandertag-zu-fuss.de zu diesem Thema einzurichten.

http://www.fuss-ev.de/Projekte/Wandertag-zu-Fuss.html?pk_campaign=NL-Dezember-2012-Wandertag

Unter dem Motto "Gehwege frei!" wollen wir die Kampagne „Rückgewinnung der Gehwege“ fortsetzen und ausbauen:

http://www.fuss-ev.de/Projekte/Rueckgewinnung-der-Gehwege.html?pk_campaign=NL-Dezember-2012-GWP

Die Seite http://www.gehwege-frei.de?pk_campaign=NL-Dezember-2012 wollen wir im Januar mit Inhalten füllen.

Ferner wird unser Tempo 30 - Internetportal inhaltlich weiter ausgebaut.

http://www.tempo-30-in-unseren-staedten.de/pk_campaign=NL-Dezember-2012

Alle drei zusätzlichen PROjekte können Sie „auf einen Schlag“ in einer pdf-Datei kurz zusammengefasst einsehen unter:

[http://www.lauf-kund-](http://www.lauf-kund-schaft.de/component/option.com_docman/Itemid,44/task.doc_download/gid,280?pk_campaign=NL-Dezember-2012)

[schaft.de/component/option.com_docman/Itemid,44/task.doc_download/gid,280?pk_campaign=NL-Dezember-2012](http://www.lauf-kund-schaft.de/component/option.com_docman/Itemid,44/task.doc_download/gid,280?pk_campaign=NL-Dezember-2012)

Aus einer Rundmail der Organisationen FUSS e. V. und UMKEHR e. V. Beide Organisationen sind Mitglied im BBU. Weitere Informationen unter <http://www.fuss-ev.de> und unter <http://www.umkehr.de>.

DB AG: Weniger Leistung für mehr Geld

Bündnis „Bahn für Alle“ kritisiert Fahrpreiserhöhung – in zehn Jahren um 35 Prozent verteuert

Auch in diesem Jahr kündigt die DB AG wieder neue Rekordgewinne an, wozu insbesondere das Wachstum des Schienenpersonenverkehrs um 4,5 Prozent beiträgt. Dennoch erhöht die DB auch mit Fahrplanwechsel am 9. Dezember wieder kräftig die Fahrpreise – diesmal nach eigenen Angaben um 2,8 Prozent. Rechnet man die Preiserhöhungen der letzten zehn Jahre zusammen, so belaufen sich diese seit 2003 auf 35,2 Prozent im Fern- und 34,7 Prozent im Nahverkehr. Über den gleichen Zeitraum betrug die Inflation gerade einmal knapp 18 Prozent. Die Bahnpreise haben sich also doppelt so stark erhöht wie das generelle Preisniveau. (...). Den Alternativen Geschäftsbericht 2011, der die Geschäftspolitik der DB AG kritisch unter die Lupe nimmt findet man hier:

www.bahn-fuer-alle.de/media/docs/2012/2012-03-AltGeschBer.pdf. Der Alternative Geschäftsbericht 2012 wird im März 2013 erscheinen.

Mehr Informationen: www.bahn-fuer-alle.de

Aus einer Pressemitteilung des Bündnis „Bahn für Alle“ vom 06.12.2012; der BBU ist Mitglied in dem Bündnis.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/06.12.12.html>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 11 / 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 16.12.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.